

Berliner Tageblatt

Nr. 108

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mofse in Berlin.

T. W. Die Rede, die der Reichskanzler Cuno morgen im Reichstag zu halten beabsichtigt, wird in der Hauptsache nichts anderes sein können als ein neuer energischer Protest. Ein Protest, aber kein ohnmächtiger, da hinter der Entschiedenheit der Worte die klare Festigkeit des Handelns steht. Herr Poincaré und seine Paladine haben in der vergangenen Woche die Schleißen ihrer Rhetorik abermals weit aufgetan. Der angeblich große Ringer, dessen Vorberzanz bereits sehr schief liegt, hat am Sarge des feigen Delcassé gesprochen, der Finanzminister de Lasteyrie und der Kriegsminister Maginot haben in der Kammer ihr Feldgeschrei ertönen lassen, und der neue Präsident des Senates, Herr Gaston Doumergue, hat den frisch erworbenen Ehrenstift gleichfalls durch Erledigung eines pathetischen Bedürfnisses eingeweiht. Muß man erst sagen, daß jeder dieser Würdigen von den edelsten und reinsten Gefühlen überflößt? Wie die Löwen einer fontäne in gleichmäßigem Strom das Wasser ausspießen, ergießen sich aus diesen Löwenmäulern „Gerechtigkeit“, „Friedensliebe“ und „Zivilisation“. Die schönste Antwort, eine schweigen, erteilt den Phrasenquäler täglich das Ruhrgebiet. Dennoch ist es nötig daß der führende Mann der deutschen Republik von Zeit zu Zeit dem Einbrecher erwidert, der nicht nur fremden Besitz sich aneignet, sondern auch die Worte des Rechtes, des Friedens und der Zivilisation aus dem Sprachschatz der Menschheit zu entwenden pflegt. Aber hier und da, und selbstamerweise gerade in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, ist in den letzten Tagen die Meinung geäußert worden, der Reichskanzler solle noch mehr tun und, um der Welt die Opferwilligkeit Deutschlands zu beweisen, das Angebot bekannt geben, das von Herrn Bergmann in den ersten Januartagen nach Paris gebracht wurde, und das vor der verschlossenen Tür des Konferenzzimmers liegen blieb. Hat es wirklich einen Zweck, jetzt einen Zahlungsplan herbeizuholen, den man selber für unzulänglich und zerkerst hält? Der „Temps“ hat neulich die Sitzung, in der Herr Poincaré die Anführung des Herrn Bergmann verurteilte, ausführlich geschildert, und wie man sich auch der geübtesten Bekare sind ihm unvorstellig Gefährlich entzückt. Man erschau aus dieser Erzählung, wie Herr Poincaré die alliierten Ministerpräsidenten überredete, die Frage, ob der deutsche Vorschlag entgegengenommen werden sollte, auf später zu vertagen, und man weiß, daß „später“ niemals kam. Was würde der Erfolg sein, wenn die deutsche Regierung sich entschließen wollte, dieses Angebot, das nicht bis zu den Ohren der erlauchten Verammlung dringen durfte, jetzt an die Öffentlichkeit zu bringen? Die gesamte Pariser Boulevardpresse würde, wie es auch immer ausfallen und wieviel es auch enthalten möge, unweigerlich losbrechen, daß es ein skandalöses Maßwerk sei. Wir wollen dem Herrn Bergette und seinen chers confères doch nicht Gelegenheit geben, die Aufmerksamkeit des französischen Publikums allzu sehr von den Triumphen im Ruhrgebiet abzudrängen. Sie sollen ihren Lesern lieber sagen, wie es sich mit der Kohle verhält.

Unter den Reden, mit denen man in der vergangenen Woche das französische Volk über das Ausbleiben der Kohle und über den totalen, beispiellosen und durch keine schürftige Gewalttat reparierbaren Bankrott der Ruhrzerrörung hinwegzuführen versucht, ist die Antitrittskennung des Herrn Doumergue erwähnenswert. Sie war keineswegs durch ihre Form oder geistigen Inhalt ausgezeichnet, selten ist in Pariser Kreisen eine so fade Sauce zubereitet worden, aber sie läßt, obgleich sie ganz der Gegenwart gewidmet ist, ein Stück Vergangenheit aufzählen. Mehrere der liberalen und nationalitätlichen Boulevardblätter haben dem sozialistisch-kabalen Herrn Doumergue den wichtigen Posten des Senatspräsidenten nicht gegönnt. Sie haben sogar behauptet, er habe die Wahlhilfe der Regierung erkauf und nur dieser Hilfe wegen sich von der Mehrheit seine Partei, die gegen die Ruhrpolitik des Herrn Poincaré stimmte, in patriotischem Glanz getrennt. Man muß Herrn Doumergue gegen Angriffe verteidigen, dies unbedeutend ist. Es trifft nicht zu, daß er über Nacht, des Präsidentensessels wegen, zum Gefühnngslumpen wurde, und seine liberalen Gegner scheinen sich gar nicht daran zu erinnern, an welchen Geschäften dieser südranzösischen Spiblauch diese Säule der französischen Demokratie, diese Poasane der Gerechtigkeit schon früher teilgenommen hat. Im Februar 1917 kam Herr Doumergue als Sonderbotschafter nach Petersburg, wo es in einer Audienz seiner künftigen Medieligkeit gelang, den wohl schon vorher reich geklopften Zaren Nikolaus für den Abschluß eines französisch-russischen Geheimvertrages zu gewinnen. Dieser Geheimvertrag, der am 11. März 1917 unterzeichnet wurde, enthielt außer dem Paragrafen über die Rückgabe Glas-Vohlrings und die Einbeziehung des gesamten Saarlofenbendens in französisches Gebiet die Verabredung: „Die übrigen auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebiete, die gegenwärtig einen Teil des Deutschen Reiches bilden, sind ganzlich von Deutschland abzutrennen und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien.“ Im vierten Paragrafen hieß es, daß diese linksrheinischen Gebiete „als autonomer und neutraler Staat konstituiert“ werden und so lange von französischen Truppen besetzt bleiben sollten, „bis die feindlichen Staaten sämtliche in dem Friedensverträge festgesetzten Bedingungen und Garantien reiflos erfüllt haben“ — wobei man natürlich nach Art aller Wucherer und Betrüger entschlossen war, unerfüllbare Bedingungen zu stellen. Rußland erhielt dafür, Freiheit bei der Festlegung seiner Grenzen gegenüber Deutschland und Oesterreich, „freie Hand in Polen“ — das, wie die polnischen Kostgänger der französischen Regierung nie beachtet haben, damals von Frankreich an den Zarismus verschachert wurde — und die Zustimmung zu seinen „Aspirationen“ auf Konstantinopel und die Dardanellen. Derselbe politische Handlanger, der 1917 in Petersburg dieses Programm der Vergewaltigung mit dem russischen Autokraten verarbeitete, versichert im Senat, wo man ihm als Belohnung für seine Dienste den ersten Platz überlassen

Der „Blockadefrieg“ gegen Deutschland.

Die „Sanktionen“ gegen Mannheim und Karlsruhe.

„Wir halten den Rhein.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 4. März.

Die Besetzung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe und der Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt ist nach einer Information des „Echo de Paris“ im Ministerrat am 1. März beschlossen worden. Diese Maßregel soll als eine „Sanktion“ für den Widerstand zu betrachten sein, den die Deutschen durch die Behinderung der französischen Kohlen-transporte leisten. Als Beispiel für diesen Widerstand wird die Behinderung der Schleißen im Rhein-Herne-Kanal und die Verletzung von Röhren angeführt, welche diese Kanäle versperren. Diese Begründung wird in der offiziellen Note der französischen Regierung gegeben, die gestern abend, elf Stunden nach erfolgter Besetzung, dem deutschen Geschäftsträger in Paris übermittelt wurde. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Begründung, ganz abgesehen von ihrer völkerrechtlichen Unmöglichkeit, auch an sich keinen Glauben verdient. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß in den ersten Meldungen von keiner Sanktion, sondern nur von einer Maßnahme zur Sicherung der Zollkontrolle die Rede war. Erst nachdem diese Argumentation nicht als genügend erschien, um der öffentlichen Meinung eine neue Rechtfertigung zu erklären, wurden die angeblichen Sabotageverbrechen hervorgeholt, die bereits mehrere Wochen zurückliegen, ohne daß bisher Sanktionen für sie beschlossen worden sind. Unnötig zu sagen, daß auch die Sabotage nicht nachgewiesen ist. Die Schleißen sind in Unordnung gekommen, weil die französischen Ingenieure nicht verstanden, mit den komplizierten deutschen Maschinen umzugehen, ebensowenig, wie sie in der Lage sind, die Stellwerke der Eisenbahn zu bedienen. Die neue sogenannte Sanktion ist nichts anderes als ein neuer Akt der Willkür, der zugleich die technische Ohnmacht der Besetzung beweist. Zu gleicher Zeit werden politische Zwecke verfolgt, über welche die Indiskretionen einiger Zeitungen genügen Aufschluß geben.

Der erste Kommentator, den eine französische Zeitung zu der neuen Besetzung gibt, wird am Sonntag von der „Liberté“ veröffentlicht. Jacques Bainville, der Außenpolitiker der „Liberté“ schreibt: „Wir setzen unsere Operation im Ruhrgebiet fort, die sich durch ihre Entwidlung allmählich über die Grenzen des Ruhrgebiets erstreckt. Die Ruhr ist ein geographischer Begriff. Die Grenze dieses Kohlenbeckens ist nicht unübersteigbar. Um den Blockadefrieg, den wir organisieren, wirksam zu machen, mußten wir die Zufahrtsweg absperrern. Die Besetzung von Darmstadt und der Häfen von Mannheim und Karlsruhe ist die natürliche Entwicklung dieser Ideen. Von der Schweiz bis nach Holland hatten wir jetzt den Rhein. Vielleicht sind bei uns nicht alle Leute über die Wichtigkeit dieser Tatsache im klaren. Was jetzt geschehen ist, bedeutet für Frankreich eine Erhöhung der Sicherheit und gleichzeitig eine

Erhöhung des europäischen Friedens. Als eine politische Wirklichkeit von großer Tragweite muß man heute feststellen — in Paris und London, in Bern und im Haag — daß wir der deutschen Rhein halten. Vielleicht wird der deutsche Kanzler annehmen, daß die neutralen und alliierten Staaten, die Interesse am Rhein haben, auf Frankreich eine Protesten versuchen werden. Die Schweiz, Holland, auch England sind interessiert. Wenn die Regierung des Reiches uns den Rhein überläßt, könnten wir eines Tages der Koalition anderer Mächte gegenüberstehen. Diese Annahme wäre eine Illusion. Wir bedrohen die Freiheit des Reiches nicht mehr, als sie durch Wilhelm II. bedroht wurde, der den Rhein von Basel bis Gmünd beherrschte. Wenn sich Widersprüche erheben, wird es uns leicht sein, auf sie zu antworten und den Nachweis zu führen, daß unter unserer Kontrolle der große Strom internationaler ist, als unter deutscher Herrschaft.“

Die „Gründe für die Sanktionen“.

Eine Pariser Note.

Berlin, 4. März. (Antlich.)

Die französische Regierung hat sich darauf beschränkt, dem deutschen Geschäftsträger in Paris nach Vollziehung der neuen gegen Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt gerichteten Gewaltakte am 3. d. M., abends 8 Uhr 45 Minuten, folgende Note übergeben zu lassen:

„Der Rhein-Herne-Kanal, dessen infolge von Sabotage beschädigte Schleißen durch die Bemühungen der französischen und belgischen Behörden wieder in Ordnung gebracht worden sind, ist durch absichtliche Verletzung von Röhren gesperrt worden. Die französische Regierung hat beschlossen, als Vergeltungsmaßnahme die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt zu besetzen.“

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat die Ehre, die deutsche Botschaft für alle Fälle hiervon in Kenntnis zu setzen. Auch in diesem Falle also gibt sich die französische Regierung nicht die Mühe, ihre Gewaltakte zu verschleiern.

Die französische Politik wird in ihren Maßnahmen immer brutaler, in ihren Vorwänden und Ausreden immer dümmere. Bisher hat die französische Regierung sich doch wenigstens die Mühe gegeben, für die rechtswärtigen Gewaltakte angebliche „Verletzungen der Reichsregierung“ heranzuziehen. Jetzt aber nimmt sie sich das Recht heraus, wegen der angeblichen „absichtlichen Verletzung von Röhren“ (sie sagt nicht einmal, durch wen) gegen drei der wichtigsten Städte Südwestdeutschlands vorzugehen und die Grenze des besetzten Gebietes willkürlich zu erweitern. Mit demselben Recht könnte ja morgen, wenn ein Lokomotivführer oder ein Postbeamter im Ruhrgebiet sich weigert, für die Franzosen Dienste zu tun, zur Okkupation Berlins schreiten.

hat, Frankreich verteidige im Ruhrgebiet seine „heiligen Rechte“, die „von Deutschland mit Füßen getreten werden“, und habe „bis in die letzte Zeit hinein Verschlossenheit und Geduld gezeigt“. Dieser Laibdemokrat, der die Grundzüge der Völkerei frei mißachtete, in trocher Dienstwilligkeit die Zerschlagung Deutschlands, die Verflawung unabhängiger Menschen begehrt, erklärt heuchlerisch, daß von Deutschland bedrohte Frankreich dürfe nicht das Opfer seiner Friedensliebe sein. Überall, wo man den Deckel aufhebt, duftet die Lüge heraus. Sie duftet, wenn Herr Poincaré seinen Delcassé, den man zusammen er dem Kriege den Weg gebnet und die Vernichtung des deutschen Reiches erstreckt hat, wie einen Staatsfeind, überall in der Welt, und in reichlichem Maß auch bei uns, schwelgen Menschen in verlogenerm Wortschwall, und überall sind Selbstprüfung, Wahrheitsliebe, Geständnis der eigenen Fehler bei sehr vielen unbedeutend. Die Spezialität des französischen Imperialismus ist es, daß er bewußt und absichtlich die Lüge zum Schem, zur Grundlage der ganzen herrschenden Politik entwickelt hat.

Drei Monate, bevor Herr Doumergue mit dem Zaren über den Geheimvertrag verhandelte, hatten die kriegsführenden Alliierten in einer Note sich dem Präsidenten Wilson gegenüber verpflichtet, im Friedensaufsatze das Selbstbestimmungsrecht der Völker in unangefasster zu lassen, und der mehr als ahnungslose Wilson hatte diese Verpflichtung ernst genommen. Der „Felsen Papier“, auf den sie ihre Unterschrift gesetzt hatten, um den noch Schwankenden von ihrem Idealismus zu überzeugen und seinen Beistand zu gewinnen, hielt die französischen Eroberer, die alle zehn Diebstahler nach dem Rheinlande austrachten, nicht im geringsten ab, ihre Pläne weiter zu verfolgen, und ohne sich im mindesten zu genieren, betrogen sie Wilson und Amerika. Sie betrogen England, das weder die geheimen Abmachungen über das Rheinland kennen lernte, noch etwas von den Gesprächen über Konstantinopel und die Dardanellen erfuhr. Selten nahmen große Nationen es so geduldig hin, daß ein Verbindeter, um seine eigene Hegemonie aufzurichten, sie läßtlich hinterging. Herr Doumergue hat, mit treuem Blick und mit liegender Seite, den Engländern zugezinkt, man habe gemeinsam „für Gerechtigkeit und Zivilisation gekämpft“. Ja, und während man unter dieser falschen Fassade gemeinsam kämpfte und Frankreich sich von dreißig oder vierzig Staaten im Namen der schönsten Prinzipien beschließen ließ, reifte eben dieser ehrliche Doumergue im Auftrag seiner Regierung nach Petersburg und erledigte dort, hinter dem Rücken der Be-

schützer und in der Absicht, sie zu überdreheln und ihre Macht zurückzubringen, das französisch-russische Privatgeschäft. Jetzt sollen, immer zum gleichen Ziele, die achtzehn Monate Dienstzeit in der französischen Armee beibehalten werden, und natürlich sagt man nicht, daß man gegen England rüfte, sondern der arme französische Militarismus fählt sich durch Deutschland bedroht. Der „Temps“, der „Matin“ und die anderen Brandstifterorgane, die Frankreich in das Ruhrgebiet hineingetrieben haben, stellen den herrlichen Widerstand des Ruhrvolkes, der Eisenbahner, Beamten und Arbeiter, konsequent als eine „nationalistische“ Emeute dar, und der Kriegsminister Maginot hat ähnliche Melodien angestimmt. Wir unterschätzen nicht den in Deutschland von Frankreich hochgeschätzten Rationalismus, und wer sähe nicht viele Leute, die noch nichts gelernt haben und auch gar nichts lernen wollen? Die bekannte Gattung der Heimkrieger müßte ja sogar den Unterricht im Französischen ausrotten und irgendwo haben Schulbuben, wie „böckische“ Wäffer begeistert meloden, sich zu dem Rittschwur vereinigt, sie würden in die französische Grammatik nicht mehr hineinblicken, sondern lieber in Ehren untergehen. Nach 1870 haben die Franzosen die Erlernung der deutschen Sprache weit gründlicher als vorher durchgeführt. Wenn man glauben sollte, daß man Deutschland durch Unbildung, und durch den Entschluß, den Gegner nicht zu kennen, wieder emporrücken könne, so dürfte das ein Denkfehler sein. Aber mit der großen Verteidigung im Ruhrgebiet hat das alles gar nichts zu tun. Wie oft muß man wiederholen, daß dort nicht der Rationalismus für seine besonderen Ideen, sondern das arbeitende Volk für seine Freiheit, sein Recht, seine Unabhängigkeit, seine friedliche Stätte kämpft! Und wahrhaftig, zur Begründung für französische Heeresverpflichtungen eignen die Vorgänge im Ruhrgebiet sich nicht. Denn das Volk ist dort ohne Waffen, steht mit unbewehrter Brust und nur mit mannhaftem Willen den Tanks und Bajonetten gegenüber und zwingt sich zu fühl verächtlicher Ruhe, obgleich es von einer fastwütigen Brigantenbande geschunden und gepeinigt wird. Wenn aber die französische Armee jeßmal so groß wäre, wie heute, und noch sehr viel mehr Geschütze und rüberische Offiziere befäße, was würde im Ruhrgebiet anders sein? In einem Kampfe der Gewalt gegen die Gewalt kann die Ankunft von neuen Regimentern, neuem Kriegsmaterial den Ausschlag geben, aber niemals in einem Kampfe der Gewalt gegen den Geist.

Manchmal kommen Vertrauensmänner der Eisenbahner oder der Bergarbeiter, die im Ruhrgebiet die Verteidigung organisieren, zu Besprechungen nach Berlin. Es ist eine große

Zuchthausstrafe für Spione.

Wirtschastliche, politische und militärische Helfer Frankreichs.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung folgende Verordnung erlassen: Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet erlassen:

§ 1. Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer während der in Friedenszeit erfolgten Besetzung deutschen Gebiets durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient oder Spione dieser Macht aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.

Bei milderen Umständen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Gefängnis nicht unter zwei Jahren.

§ 2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe bis zu fünfshundert Millionen Mark zu erkennen. Neben Gefängnis kann auf Verlust der besetzten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§ 3. § 93 des Strafgesetzbuchs über die Beschlagnahme des Vermögens gilt entsprechend.

§ 4. Für die Aburteilung ist das Reichsgericht zuständig.

Berlin, den 3. März 1923.

Die Verordnung wird bereits in dem heute zur Ausgabe gelangenden Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 17 erscheinen.

Die Verordnung, die der Reichspräsident erläßt, bringt eine notwendige Ergänzung des deutschen Strafrechts. Die Praxis der zivilisierten Nationen hat eine mitten im Frieden erfolgende militärische Okkupation bisher nicht gekannt. Die Bestimmungen des deutschen Strafrechts sprechen deshalb von eigentlicher Spionage nur für den Kriegsfalle, während im übrigen der Verrat geheimer Umstände und Nachrichten nur unter bestimmten unangenehmen Voraussetzungen unter Strafe gestellt ist. Es mußte deshalb angeordnet werden, daß jede wirtschaftliche, politische oder militärische Spionage unter die schwersten Zuchthausstrafen gestellt ist. Hierzu tritt Geldstrafe bis zu der bisher noch nicht gekannten Höhe von 500 Millionen Mark, auch kann schon während der Untersuchung bis zu ihrer rechtskräftigen Erledigung das gesamte Vermögen der Angeklagten mit Beschlagnahme belegt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich eine große Anzahl von Spionen im besetzten Gebiet unterhält, die vielfach unter falscher Flagge, namentlich als linksradikale oder rechtsradikale Agitatoren ihre Tätigkeit entfalten. Es ist zu hoffen, daß die neue Waffe, die die Verordnung des Reichspräsidenten den Behörden in die Hand gibt, die Abwehr dieses unerbittlichen Kampfes ebenso wirksam ermöglicht, wie der offene Angriff der Einbrecher durch den geschlossenen Widerstand der gesamten Bevölkerung mit Erfolg abgewehrt wird.

Der Handlerterror.

Eine neue Blaup. — Verabungen und Ueberfälle.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Infolge des fehlenden polizeilichen Schutzes nehmen die Ueberfälle und Verabungen immer mehr überhand. Der französische Kommandant von Bochum hat zwar erklärt, daß das Polizeipräsidium und die Revidere der Schutzpolizei in den nächsten Tagen wieder frei gegeben werden. Die Forderung des Kommandanten, daß die Schutzpolizei unter französischer Aufsicht Dienst tun solle, wurde von der Schutzpolizei aber abgelehnt, und es ist deshalb fraglich, ob Bochum wieder, so bald wie es wünschenswert erscheint, polizeilichen Schutz erhält. Jeder Tag bringt neue Ueberfälle. Sonnabend nacht gegen 1 Uhr wurde in Essen das Variété Trocadero von einer großen Zahl Banditen überfallen, die die Garderobe der Gäste raubten. Die alarmierte Feuerwehrr konnte drei der Täter verhaften. Die Gäste mußten ohne Mäntel den Heimweg antreten. Aus Gelsenkirchen wurden in der letzten Nacht nicht weniger als 20 schwere Einbrüche gemeldet. — In der Nacht zum Sonntag ist in Essen nach französischen Mitteilungen ein deutscher Zirkus im Bereich des besetzten Hauptbahnhofes von einem französischen Posten erschossen worden. Angeblich soll der Erschossene auf den Anruf des Postens nicht stehen geblieben sein. Die Personalien des Erschossenen waren bisher noch nicht festzustellen. Nachforschungen sind im Gange.

In Rätgenortmund haben die Franzosen die Schachtanlage 3 Döpel besetzt. Die Besetzung ist daraufhin in den Streik getreten. In einem Protestschreiben an die Besatzungsleitung wird gegen die Besetzung der Schachtanlage Einspruch erhoben und erklärt, daß die Fördermaschinen von den Eindringlingen beschlagnahmt werden. Es besteht die Gefahr, daß die Eis- und Kohlenzufuhr gestört bzw. gefährdet wird. — Der Essener Hauptbahnhof ist auch heute noch besetzt. Die Franzosen führen das vorhandene Material ab. Immer wieder gehen Züge in der Richtung Werden—Düsseldorf. Wegenommen wurden von den Franzosen Personenzüge und Güterzüge mit Kohle, Reis, Eisenblechen und Erz. — In Linen wurde ein Fuhrunternehmer der Depottstraße von einer Bande abfahren wollte. von den Franzosen verhaftet und mitgehört. Das Fuhrwerk wurde beschlagnahmt. In Mengede ein Arbeiter wegen angeblicher Spionage in Dortmund und ein Polizeibeamter wegen Erubereverweigerung verhaftet. In Bochum wird der Polizeidirektor Klummeier vermisst. Man nimmt an, daß er verhaftet worden ist.

Die Not der oberschlesischen Flüchtlinge.

Beizug des Reichsministers Oeder in Breslau.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der Reichsminister des Inneren Oeder befuhrte mit mehreren Regierungsvertretern und dem Reichsfinanzrat für Zivilgelangene und Flüchtlinge das oberschlesische Industriegebiet und befragte vor allem die für die Flüchtlinge geschaffenen Wohnstätten. In einer im Anschluß daran in Gleichzeitigkeit abgehaltenen Sitzung betonte er, daß die Reichsregierung wie auch die preussische Regierung sich dafür einsetzen würden, daß die Not der Flüchtlinge weiter gemildert würde und die Regierungen mit allen Mitteln weitere Gelder für diesen wichtigen Zweck flüssig zu machen versuchen würden. Insbesondere müßten endlich die Schulen wieder ihren eigentlichen Zwecken übergeben werden. Die Regierung werde trotz der großen Sorgen im Westen die östlichen Randgebiete, vor allem Oberschlesien, stets fürderlich im Auge behalten.

Die Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse.

Auch die Industriewerte Rheinland-Westfalens stark vertreten.

Preisabbau in einigen Geschäftszweigen

Telegramm unseres Sonderberichterstatters Dr. Erich Wolf.

e. w. Leipzig, 4. März.

Der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse wird von den beiden Kontrahenten des Geschäftsganges, den Ausländern und den Käufern, ein besonders großes Interesse entgegen gebracht. Die Fabrikanten und Großhändler sind in einer alle früheren Messen übertreffenden Zahl eingetroffen, weil die Zurückhaltung der Käufer sie zwingt, aus einer gewissen Reserve, die sie zu Zeiten günstiger Konjunktur bewahren konnten, herauszutreten und alles daran zu setzen, um Beschäftigung für ihre Fabriken oder Wädhme ihrer Lager zu bekommen. Mit der Zahl von 14 000 ausstellenden Firmen stellt die diesjährige Messe einen Rekord auf. In dieser Zahl sind 680 ausländische Firmen eingeschlossen und unter diesen befinden sich nicht weniger als 320 tschechlowawische Aussteller. Andererseits hat gerade die jetzige Messe ungeheure Massen von interessierten Käufern herangezogen. Für sie ist die Frage, ob die Preise abgebaut werden oder nicht, von entscheidender Bedeutung.

Als Käufer kommt für zahlreiche und wichtige Industriezweige das Ausland kaum noch in Frage, da, wie hier vorweg genommen sei, die deutsche Industrie vielfach zu teuer produziert und auf dem Weltmarkt leider nicht mehr konkurrenzfähig ist. Trotzdem ist der Zutromm von Ausländern bemerkenswert groß. Gestern trafen in Sonderzügen 1200 niederländische Interessenten und 620 Dänen ein. Die Zahl der Damen ist größer als im Frühjahr 1922, die Zahl der Holländer zwar um 400 geringer als vor einem Jahre, aber über Erwartung groß in Anbetracht der abspredenden Reichsbeschränkungen, die sich infolge der französischen Ruhrinvasion holländischen Reisenden entgegenstellten.

Ein herzhafte Interesse wird den Ausstellern und Käufern aus dem Einbruchgebiet entgegengebracht. Auf der tschechlowawischen Messe, in der hauptsächlich die tschechlowawische Industrie in Frage kommt, sind große Industriewerke des besetzten Gebietes mit impolanen Ausstellungen vertreten, doch hatten diese Firmen größtenteils schon vor der Besetzung ihre schweren Maschinen nach Weizsig abtransportiert. Andererseits stellte ich auf der tschechlowawischen Messe große Industriewerke fest, die von den Franzosen verhindert worden waren, zu erscheinen. Die angegebene Zahl dürfte für die Maschinenindustrie erschöpfend sein. In den leeren Ständen waren Plätze angebracht mit der Mitteilung, daß die Bestände auf dem Transport von den Franzosen beschlagnahmt oder daß die Vertreter der Firmen aus dem besetzten Gebiet nicht herausgelassen worden waren. Unter großen Gefahren und zum Teil auf abenteuerliche Weise haben sich zahlreiche angehende Persönlichkeiten durchgeschlagen. Wenn etwa sechs Herren sich zusammen auf die Reise gemacht haben, sind gewöhnlich fünf von ihnen verhaftet worden, und nur dem sechsten gelang es, durchzukommen. Die Herren haben in der Handelskammer eine lange und bewegte Sitzung abgehalten. Die Besprechungen waren vertraulich; so viel man gefagt werden, daß die Herren ein unvermindert starkes Vertrauen auf ihre eigene Kraft des Widerstandes haben. Sie richteten aber einen von einer gewissen Bitterkeit nicht freien Appell an das unbesetzte Deutschland, indem sie verlangten, daß der Handel, die Banken und sonstige Organe des wirtschaftlichen Lebens nicht aus Furcht vor einem Risiko das besetzte Deutschland im Stiche lassen.

Von dieser Seite, sagen sie, drohe ihnen die größte Gefahr. Bei gewissen Zusammenkünften inoffiziellen Charakters finden spontane Kundgebungen für nationales Zusammenhalten statt, und es werden für die Ruhrprober Sammlungen veranstaltet, die Millionenbeträge an Mark und Devisen ergeben. Als stiller Zuhörer vernimmt man aus der Unterhaltung der Ruhrdeutschen, daß der Kampf des Wortes, den das „Berliner Tageblatt“ in dieser nationalen Sache führt, im ganzen tschechlowawischen Industriegebiet den stärksten Eindruck gemacht hat.

Die Franzosen in Mannheim.

Beschlagnahmungen und Schiffsperre.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

Mannheim, 4. März.

Wie in Darmstadt, so scheinen auch hier in Mannheim die Franzosen mit der Besetzung nur den Zweck zu verfolgen, die Zollmaßnahmen ungehindert durchzuführen zu können. Sie haben deshalb die Stadt besetzt und sich nur des Handels- und Industriehafens bemächtigt. Wesentliche Veränderungen sind aber vorläufig nicht erfolgt, denn die französischen Posten waren hier schon seit langem stationiert und sind heute nur verstärkt worden. Besetzt wurden, wie gemeldet, die Jungbuschbrücke sowie die sogenannte Leufelsbrücke und einige andere wichtige Punkte der Handels- und Industrieanlagen. Auch das städtische Elektrizitätswerk wurde gestern morgen gegen 17 Uhr von einer Wache von etwa 10 Mann besetzt. Eingriffe in den Betrieb wurden bisher nicht vorgenommen. Die Franzosen forderten nur einen Raum und einige Möbelstücke für ihre Posten. Der Kommandant der Wache versprach sogar dafür Sorge zu tragen, daß für den Raum sowie für die Möbel französischerseits eine Zahlung geleistet werde. Die Arbeiterschaft weigert sich auch hier, unter französischer Aufsicht zu arbeiten, und entschloß sich zur Weiterarbeit erst dann, als ihr völlige Freiheit zugesichert wurde. Im Hauptpostamtshaus haben die Franzosen alle Waren beschlagnahmt. Das der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft gehörende Frachtschiff „Mannheim 72“, das im Redar vor Anker lag, ist von den Franzosen beschlagnahmt und mit einer französischen Wache besetzt worden. Von der Redar liegenden Schiffen darf keines weggehfen werden. Hier haben sie eine größere Anzahl Bureauräume beschlagnahmt und die notwendigen Möbelstücke requiriert. Die Beamtenhaft wurde aber hier nicht in ihrer Tätigkeit behindert. Eine größere Störung verursachte die Unterbrechung des Bahn- und Wagenverkehrs über die große Brücke, die nach Ludwigshafen führt. In der Stadt selbst ist, wie gesagt, alles beim alten. Auch die Bevölkerung verhält sich ruhig. Natürlich ist die Besetzung das allgemeine Gespräch. Die badische Regierung hat eine Erklärung erlassen, daß die Gerüchte von einer Besetzung anderer badischer Städte unbegründet seien.

Darmstadt, 5. März. (Mit.)

Die Besetzung des Güterbahnhofes und des Lokomotivdepotens ist zurückgezogen worden, dagegen sind die Betriebswerkstätten und das Elektrizitätswerk besetzt geblieben. Die Kavalleriepatrouillen und die Postkettler auf der Griesheimer Chaussee wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zurück-

„Ganges der Elektrotechnik“ auf dem Gelände der tschechlowawischen Messe. Auf Betreiben des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie ist ein gewaltiges massives Gebäude mit einem Kostenaufwand von mehr als einer halben Million Mark errichtet worden. An diesem Bau, der nach Erweiterungen erfahren wird, hat der Berliner Stadtbaumeister Hoffmann mitgewirkt. Das neue Haus vereinigt nun die bisher verstreute elektrotechnische Industrie und gibt einen solgnerischen Eindruck von den Leistungen der hochentwickeltesten Industrie. Es soll gleichzeitig, nach der Absicht der Gründer, eine Art Museum für die Fortschritte der Elektrotechnik sein und angehen, sowohl wie schaffenden Ingenieuren Besetzung und Anregung bieten. Auch ist die Solidität zu veranschaulichen, mit der die Firmen, die sich sonst in scharfer Konkurrenz gegenüberstehen, in einem Raume sich zusammengefunden haben.

In der jetzigen Zeit der unklaren Preisgestaltung ist es doppelt verständlich, daß die interessierten Käufer am ersten Tage sich beobachtet und abwartend verhielten. Aber nach dem heute zum Teil nicht unerheblichen Umsätzen erwartet man für die nächsten Tage ein verhältnismäßig günstiges Geschäft. Auf der ganzen Linie der für den täglichen Bedarf arbeitenden Industriezweige ist ein starker Abbau vorgenommen worden. Die wichtige Industrie der Werkzeugmaschinen hat die Preise nicht erhöht, obwohl in den letzten Tagen eine Verteuerung der Produktion um zehn Prozent stattgefunden hat. Die Schuhindustrie hat die Preise bis zu 54 Prozent herabgesetzt. Diejenigen Firmen, die sich am leichtesten zu einem Preisabbau entschlossen, machten betriebsbedingte Geschäfte, während Fabriken, die mit Dollarbesserung rechnen und die alten Preise noch möglichst zu halten suchten, unberücksichtigt blieben. Auch die Textilindustrie macht Preise, die unter dem Wiederbeschaffungspreis liegen. Auch hier setzen führende Firmen ihre Preise um 30 bis 40 Prozent herab. Das treibende Moment in der Preisbildung und in der Kaufkraft ist der Kapitalmangel, der sich in gleicher Weise bei Fabrikanten und Detailkäufern peinigend bemerkbar macht.

Die Besucher aus dem Ausland.

(Von unserem Korrespondenten.)

Dr. L. St. Leipzig, 4. März.

Zur Kaufe des Sonnabends trafen aus allen Gegenden Deutschlands sowie einem großen Teile des Auslandes die Sonderzüge in Leipzig ein, welche die vielen Tausende von Besuchern zur Leipziger Frühjahrsmesse brachten. Als ich am Sonnabend den Direktor des Messenamtes Dr. Baumund Köhler aufsuchte, teilte dieser mir mit, daß es diesmal schwerer als sonst sei, über den vorausgeschickten Besuch der Messe einermassen zuverlässige Angaben zu machen. Infolge der schweren politischen und eigenartigen Wirtschaftslage Ruhrbesetzung und Markflucht — entsandten sich viele Messeninteressenten erst im letzten Moment, nach Leipzig zu reisen. Doch sieht jodell fest, daß die Ausstellerzahl den bisher höchsten Stand erreichen wird, nämlich 13 350, darunter befinden sich 622 ausländische Firmen.

Das Innere der Stadt zeigt wieder das altgewohnte Bild. Die russische Sowjetregierung stellt Kohlen im alten Rathaus und Holzgeräten im Großmuseum aus. Hinter dem Museum ist das neue große Textilwerkhaus im Bau, von dem für die bevorstehende Messe bereits zwei Etagen in Benutzung genommen werden. Auch dieses Werkhaus wird, wie das der Elektrotechnik, ausschließlich vom Interessentenkapital gebaut. Der Grund und Boden für beide Werkhäuser wurde von der Stadt Leipzig in Erbaurecht gegeben.

Ueber den Besuch aus dem Ausland, soweit er bisher offiziell angemeldet ist, teilt Dr. Köhler mit, daß der Besuch aus Oesterreich so groß ist wie nie zuvor. Vier Sonderzüge sind nach Leipzig unterwegs. Weit über 5000 Besucher sind von dort angemeldet. Ferner kommen aus der Tschechlowawatei 3500, der Schweiz 400, aus Ungarn 500, Schweden 500, England 250, Italien 350, Finnland 100, Lettland 200. Diese Zahlen werden sich noch erhöhen.

Gegen die Politik der Bajonette.

Eine Kundgebung der Passanten.

Der Aktionsausschuß „Wie wieder Krieg“ hatte gestern die Mitglieder der Berliner politischen Organisationen zu einer Kundgebung in Altemts Festhallen zusammengerufen. Es waren etwa 2000 Personen erschienen, die sich aus Anhängern der Demokratischen Partei und der weiter links stehenden Parteien zusammenschlossen. Redakteur Karl Vetter legte zunächst den Zweck der Veranstaltung dar, worauf als erster Redner zu dem Thema „Für Verständigung! Gegen Hoch und Rudendorff“, R. v. Olfenb, sprach. Er betonte, daß die allgemeine Unzufriedenheit im Volke eine schwere Gefahr für die Republik bedeute und daß diese Unzufriedenheit von der Reaktion genützt werde, die zwar getrennt marschiere aber in einem schmalen Augenblick der Republik vereint schlagen könnten, aber Deutschland dürfe sich nur auf den passiven Widerstand verlassen, und man müsse dem französischen Volke das geben, was ihm gebühre. Landtagsabgeordneter Oberbürgermeister Otto Kufke führte unter anderem aus: „Der Kampf und die Maschinengewehre sind die Arbeitsschiffe des Ruhrreviers positiven Widerstand entgegen, genau so wie damals im Kampftage das Ruhen der Hände den Gegner zum Wegzug zwang. Wenn der Kampf in seinen besten Zielen gelingt, dann ist für das Zusammenkommen beider Völker viel getan. Vorläufig aber ist Widerstand und Verfall noch eine geistige Einheit, ist Hoch und Rudendorff wie Jode und Jode. Verurteilt und Materialisten sind jedoch Begriffe, die einander ausschließen. Eine große Opfer wird die Verständigung nicht möglich sein. Aber die Arbeiter müssen auf dem Festen sein, daß nicht die Verständigung allein auf ihre Kosten geht. Reichstagsabgeordneter Tauber (Bochum) sprach als Vertreter der verständigungsunwilligen Ruhrbewohner. Die deutsche Regierung müsse dem Verständigungsgeanderten Bahn schaffen. Sollte aber etwa der Kampf im Ruhrrevier aktiv werden, so wird die Arbeiterschaft ebenfalls gegen den deutschen Militarismus wenden, wie gegen den französischen. Das Ziel des Abwehrkampfes kann nur sein, Frankreich zu Verhandlungen bereit zu machen. Es sprechen dann noch Harter Franke, Hauptmann a. D. Schühlinger, Professor Lujde (München) und Rindingsbach, R. A. S. D.

